

Tätigkeitsbericht 2017

Die Fachkommission hat im Jahr 2017 dreimal getagt; Schwerpunkt der Arbeit war der weiter anhaltende Rückgang der Organspendebereitschaft in Deutschland, in Mitteldeutschland und leider auch in Sachsen. Nachdem die Anzahl der Organspender bis zum Jahr 2010 bei circa 1.200 bis 1.300 Spenden pro Jahr lag, fiel diese Zahl seitdem immer weiter ab; im Jahr 2017 wurden weniger als 800 Organspender in Deutschland registriert. Damit liegt die Bundesrepublik mittlerweile in Europa auf dem letzten Platz. Während in Spanien oder Kroatien die Zahl der Organspender pro Millionen Einwohner seit Jahren bei mehr als 35 liegt, ist diese in Deutschland auf unter zehn Spender pro Millionen Einwohner abgesunken. Um diesem verhängnisvollen Trend entgegenzuwirken, hat die Fachkommission in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) und dem zuständigen Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz sowie zahlreichen weiteren Kooperationspartnern vor zwei Jahren das „Jahr der Organspende in Sachsen“ organisiert und in vielen Bereichen Aktivitäten entwickelt. Im „Ärzteblatt Sachsen“ wurde mehrfach dazu berichtet. Leider konnte trotz hohen Aufwands die beabsichtigte nachhaltige Trendwende nicht erreicht werden, obwohl im Jahr 2016 in Sachsen zumindest ein weiterer Rückgang der Spendebereitschaft – im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern – verhindert werden konnte. Allerdings war dieser Effekt dann im Jahr 2017 nicht mehr nachzuweisen; die Anzahl der Spenden war erneut rückläufig.

Die Mitglieder der Kommission fragten sich, ob es sein kann, dass in Zeiten der zunehmenden Ökonomisierung der Medizin wirtschaftliche Gründe ursächlich für diesen Rückgang sein können. Die Summen, die Krankenhäuser pro Organentnahme abrechnen können, sind relativ gering: 3.752 EUR sind es für ein Organ, 4.693 EUR bei Entnahme von zwei oder mehreren Organen. Stellt sich im Laufe der Vorbereitungen heraus, dass beispielsweise die Angehörigen die Zustimmung verweigern, erhält das Krankenhaus lediglich 505 EUR. Kostendeckend wären, so haben unabhängige Experten berechnet, etwa doppelt so hohe Beträge. Andererseits wurde ebenfalls von Finanzfachleuten berechnet, dass allein in den letzten sechs Jahren mehr als 500 Millionen EUR für die Förderung der Organspende und der Transplantationsmedizin ausgegeben wurden: Die Krankenkassen verschickten seit 2015 mehr als 70 Millionen Organspendeausweise samt Aufklärungsbroschüren an Versicherte. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) führt seit vielen Jahren ebenso aufwändige wie wirkungslose Werbekampagnen und Meinungsumfragen durch. Die Krankenhäuser erhalten von den Krankenkassen erhebliche Beträge für die Unterstützung der Arbeit von sogenannten Transplantationsbeauftragten Ärzten in Kliniken mit Intensivstationen und Beatmungsplätzen, wobei etwa 80 Prozent dieser Krankenhäuser im Jahr keinen einzigen Spender melden. Zahlreiche weitere Fördermaßnahmen wie die finanzielle Unterstützung für Selbsthilfegruppen von Organtransplantierten und Spenderangehörigen, allgemeine Werbemaßnahmen der DSO wie Veranstaltungen zum „Tag der Organspende“ oder die Initiative der Techniker Krankenkasse mit der BZgA zu detaillierten Informationsveranstaltungen in Schulen (Aktion „Organspende macht Schule“) haben sich als wenig wirkungsvoll erwiesen.

Dabei ist der Mangel an Spenderorganen nicht nur eine menschliche Tragödie für jeden einzelnen Patienten, der gesamtwirtschaftliche Schaden wird regelmäßig unterschätzt,

was bedauerlich ist angesichts der stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Fast 11.000 Patienten stehen auf den Wartelisten für ein Ersatzorgan. Und allein die Gesetzlichen Krankenversicherungen geben pro Jahr 2,1 Milliarden EUR für Dialysen aus. Ein Dialysepatient kostet das Gesundheitswesen jedoch zwischen 250.000 EUR und 550.000 EUR mehr als ein Patient, der eine Spenderniere erhält.

Die Kommission hat sich darüber hinaus auch noch mit weiteren Problemen beschäftigt wie zum Beispiel den Schwierigkeiten mit dem aktuellen Hirntodprotokoll. Im Bereich der Gewebespende wurde interessanterweise kein Rückgang, sondern vielmehr ein Aufwärtstrend beobachtet. Mögliche Ursachen wurden mehrfach eingehend diskutiert. Was den Bereich der Lebendspende angeht, war seit 2010 ebenfalls ein Abfall der Transplantationszahlen festzustellen, allerdings hat sich die Situation im Jahr 2017 wieder verbessert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Krise der Transplantationsmedizin in Deutschland seit 2010 kontinuierlich verschärft hat. Nachdem zahlreiche Maßnahmen mit teilweise erheblichem finanziellem Aufwand wirkungslos blieben, muss unseres Erachtens nunmehr ernsthaft diskutiert werden, ob nicht eingreifende strukturelle Reformen nötig sind.

Die Ständige Kommission Transplantation der Bundesärztekammer, die laut Transplantationsgesetz seit 1997 die höchste, praktisch gesetzgebende Instanz in Deutschland darstellt, steht seit Beginn bis heute unter juristischer Leitung und hat sich schwerpunktmäßig mit juristischen Fragen beschäftigt. Die organbezogenen Richtlinien wurden bisher in einem schwer durchschaubaren Prozess nach mehreren Lesungen verabschiedet, was sehr häufig zu immer wiederkehrenden Konflikten mit Eurotransplant und anderen Ländern führte. Dies wurde 2016 verändert, die Richtlinien werden regelmäßig fachlich in Expertengruppen überarbeitet, wobei die Recommendations von Eurotransplant berücksichtigt werden. Trotzdem ist die Zusammenarbeit zwischen Eurotransplant und den deutschen Gremien, Fachgesellschaften und Arbeitsgruppen immer noch schwierig.

Möglicherweise bietet sich im Jahr 2018 die Chance, zahlreiche Fehlentwicklungen der letzten Jahre in guter – möglicherweise internationaler – Kooperation zu korrigieren. Vor allem die erheblichen Investitionen im Bereich der Organspende müssen auf Effizienz überprüft werden. Trotz aller Schwierigkeiten wird sich die Kommission im neuen Jahr erneut engagiert um Verbesserungen bemühen.

Prof. Dr. Johann Hauss, Leipzig, Vorsitzender
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2017“)